

Dirk Niebel MdB

Generalsekretär der Freien Demokratischen Partei

Verband für Wirtschaft und Umwelt VWU
Herr Guido Dahm
Eduard-Mann-Straße 3
67280 Ebertsheim

Berlin, 1. Juli 2009

vce

Sehr geehrter Herr Dahm,

haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben 28. Mai 2009. Gerne möchte ich zu Ihren Wahlprüfsteinen wie folgt Stellung nehmen:

Die Erneuerbaren Energien – Markt der Zukunft

1. bis 5.:

Die FDP unterstützt aus Gründen des Klima- und Ressourcenschutzes sowie der Versorgungssicherheit das Ziel der Europäischen Union, den Anteil der Erneuerbaren Energien bis 2020 auf 20 Prozent am Primärenergieverbrauch zu erhöhen. Die FDP befürwortet nachdrücklich die Regelung in der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie, wonach im Verkehr die Nutzung regenerativen Stroms in Elektroautos stärker angerechnet wird als die Nutzung von Biokraftstoffen. Die Nutzung der Elektromobilität ist in Europa systematisch voranzutreiben. Bei heimischer oder importierter Biomasse muss die EU eine international wirksame Zertifizierung in die Praxis umsetzen, die sicherstellt, dass weder die Nutzung von Lebens- und Futtermitteln noch die Kraftstoff- und Stromproduktion hieraus die Abholzung des Regenwaldes oder anderer ökologisch sensibler Gebiete fördert.

In Deutschland befürwortet die FDP die Förderung Erneuerbarer Energien zusätzlich zum eigentlichen Klimaschutz-Instrument des Emissionshandels und unterstützt das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Wir setzen uns zugleich dafür ein, dass es zu keinen Überförderungen kommt. Die FDP wird für Investitionssicherheit sorgen und rückwirkende Eingriffe, wie sie Schwarz-Rot bei Biogas-Anlagen vorgenommen hat, ausschließen. Bei den Biokraftstoffen wollen wir den Umstieg von der Beimischungsquote zur Steuervergünstigung. Außerdem soll für Biomasse bei der energetischen Verwendung sowie bei der Lebens- und Futtermittelproduktion eine Nachhaltigkeitszertifizierung eingeführt werden. Alle Beschränkungen für die Direkteinspeisung von Biogas ins Gasnetz will die FDP aufheben. Unser Ziel ist langfristig eine CO₂-neutrale Energieproduktion. Die Nutzung Erneuerbarer Energien muss auf Bereiche jenseits des Stromsektors ausgeweitet und die Kosten müssen gesenkt werden. Energiespeicherung ist hierfür unverzichtbar. Elektroautos, die den schwankenden Windstrom in den Fahrzeugen speichern können, gehören ebenso dazu wie die Nutzung und Weiterentwicklung der Wasserstofftechnologien sowie

Freie Demokratische Partei - Thomas-Dehler-Haus - Reinhardtstraße 14 - 10117 Berlin
Telefon: (0 30) 28 49 58 81 / -83 Telefax: 28 49 58 82 - E-Mail: niebel@fdp.de

Deutschland braucht den Wechsel – Ihre Spende für eine bessere Politik
Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00, Konto Nr.: 26 72 82 200

Druckluftspeicher und innovative Regeltechnik für die Stromnetze. Die FDP setzt sich für einen Stromverbund mit Nordafrika ein, um Sonnen- und Windenergie aus der Wüste für Europa nutzbar zu machen.

6.:

Die FDP will die Kohleverstromung klimaverträglicher machen. Die Technologie der CO₂-Abscheidung und -Einlagerung muss durch Pilotprojekte und die zügige Schaffung eines sicheren Rechtsrahmens gefördert werden. Neue Kohlekraftwerke dürfen nur noch ans Netz gehen, wenn zumindest eine Nachrüstung mit CO₂-Abscheidung möglich ist. Die Option für eine Nutzung des CO₂ muss als Alternative zur Einlagerung weiter erforscht und rechtlich offen gehalten werden. Der Bau von Pipelines zum Transport von CO₂ vom Kraftwerk zur Lagerstätte soll durch die analoge Anwendung des Planungsbeschleunigungsgesetzes erleichtert werden. Leitungskorridore von Schwerpunkten der Kraftwirtschaft zu möglichen Speicherstandorten sind planerisch frühzeitig vor konkurrierenden Einflüssen, die die Nutzung wesentlich erschweren oder gar unmöglich machen, zu sichern. Generell ist die Kohleverstromung aus Gründen der Versorgungssicherheit und der preisgünstigen Grundlastversorgung auf absehbare Zeit erforderlich. Die FDP befürwortet deshalb den Bau neuer hocheffizienter Kohlekraftwerke. Da die Stromproduktion im Emissionshandel mit festen CO₂-Obergrenzen erfolgt, erhöht ein neues Kraftwerk den CO₂-Ausstoß nicht, sondern verdrängt durch seine Nachfrage nach Emissionsrechten alte ineffiziente Anlagen.

7.:

Der Ausstieg aus der Kernenergie ist zum jetzigen Zeitpunkt ökonomisch und ökologisch falsch. Wir brauchen die Kernenergie als Übergangstechnologie, bis Erneuerbare Energien in ausreichendem Umfang grundlastfähigen Strom erzeugen können oder die Abscheidung und Einlagerung von CO₂ für Kohlekraftwerke im großtechnischen Maßstab zur Verfügung steht. Die Laufzeiten sicherer Kernkraftwerke müssen daher in diesem Sinne verlängert werden. Im Gegenzug müssen sich die Kernkraftwerksbetreiber dazu bereit erklären, einen Teil der finanziellen Vorteile an eine zu gründende „Deutsche Stiftung Energieforschung“ abzuführen. Die Erträge der Stiftung sollten zur Forschung an innovativen Energietechnologien eingesetzt werden. Dabei sind vorrangig Speichertechnologien für Erneuerbare Energien zu erforschen. Die Sicherheit der deutschen Kernkraftwerke muss auch weiterhin auf höchstem Niveau sichergestellt und fortentwickelt werden. Dies gilt insbesondere auch für das Sicherheitsmanagement und die Sicherheitskultur in den Anlagen. Absehbaren Personalproblemen bei der Atomaufsicht ist entgegenzuwirken. Der europäische Kommunikationsfluss muss präventiv und bei besonderen Vorkommnissen verbessert werden. Deutschland braucht unabhängig vom Weiterbetrieb der Kernkraftwerke dringend eine sichere Lösung für den Verbleib hochradioaktiver Abfälle. Das Moratorium zur Erkundung des Salzstocks Gorleben ist aufzuheben, die Erkundungsarbeiten zügig und ergebnisoffen fortzusetzen, um eine abschließende Aussage über die Eignung des Standorts Gorleben als mögliches Endlager für hochradioaktive Abfälle treffen zu können. Insgesamt strebt die FDP an, das Thema Endlagerung hochradioaktiver Abfälle bis zum Ende der anstehenden Legislaturperiode zu einer endgültigen Klärung zu führen.

Finanzkrise – mit SRI wäre es nicht passiert

8.:

Nach Auffassung der FDP sollen der Anleger bzw. der Markt entscheiden, welche Kriterien bei Investitionsentscheidungen eine Rolle spielen. Ökologische, soziale und ethische Kriterien spielen zunehmend eine Rolle, ohne dass der Gesetzgeber in den Markt eingegriffen hätte. Das Umdenken bei vielen Investoren macht sich also bemerkbar. Der Markt funktioniert. Das ist zu begrüßen.

9.:

In einem einfachen Steuerrecht sollte es der Gesetzgeber vermeiden, „mit Steuern zu steuern“. Die Praxis sieht in vielen Fällen anders aus. Die FDP spricht sich für eine rechtsformneutrale Besteuerung aus. Investitionen in geschlossene Fonds sollten also immer gleich behandelt werden, unabhängig davon, in welche Projekte der Fonds investiert.

Nachhaltige Bildung – neue Erkenntnisse für lebenslanges Lernen und Arbeiten

10.:

a): Die FDP vertritt einen umfassenden Bildungsbegriff, der den Menschen in seiner Vielfalt in den Mittelpunkt stellt. Ziel und Selbstverständnis einer liberalen Bildungspolitik ist es, nicht nur Wissen sondern auch Werte zu vermitteln. Die eigenen Fähigkeiten zu kennen, aus eigenem Antrieb ein eigenverantwortliches Leben zu führen und sich kritisch mit seiner Umwelt auseinandersetzen zu können sind Grundlage einer liberalen Bürgergesellschaft. Bildung ist ein elementarer Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung. Bildung für nachhaltige Entwicklung ist eine wichtige und zukunftsweisende Aufgabe aller Bildungsträger. Neben der Verankerung im Schulunterricht ist ihre Umsetzung in Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern wie Bildungseinrichtungen, wirtschaftlichen Institutionen und Verbänden von großer Wichtigkeit. Die Vermittlung von Grundfertigkeiten und Faktenwissen über die wechselseitigen Zusammenhänge von Mensch, Natur und Technik sind unverzichtbare Voraussetzungen, um junge Menschen mit Handlungskompetenzen auszustatten und damit zu gesellschaftlicher Teilhabe bei der Gestaltung einer dauerhaft tragfähigen Entwicklung zu befähigen.

b): Die Komplexität und Dynamik unseres heutigen globalen Gesellschaftssystems sowie die sich daraus ableitenden Anforderungen an die künftigen Generationen erfordern ein Bildungswesen, das in der Lage ist, sich in entsprechendem Maß auf den Wandel einzustellen und zu reagieren. Diese Aufgabe ist nicht über die zentralstaatliche, dirigistische Bildungspolitik vergangener Tage leistbar. Vielmehr bedarf es der Stärkung lokaler Eigenverantwortlichkeit und der Förderung von Netzwerkstrukturen (z. B. zwischen Schule, Vereinen, Musikschulen, Hochschulen etc.), um schnell und angemessen Chancen ergreifen und Probleme lösen zu können. Das Bildungssystem hat die Aufgabe, Kinder bei der Entwicklung zu

aufgeklärten, rational denkenden und eigenverantwortlich handelnden Bürgern zu unterstützen. Damit dies gelingen kann, brauchen wir ein Bildungssystem, das sich in erster Linie durch Freiheit, Vielfalt und Leistungsorientierung auszeichnet. Hierfür müssen die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden. Derzeit werden nach Angaben der OECD in Deutschland nur 5,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Bildung investiert. Damit liegt Deutschland deutlich hinter Staaten wie Ungarn (5,6 Prozent), Portugal (5,7 Prozent) oder Polen (5,9 Prozent). Die FDP setzt sich dafür ein, dass der Bildungsanteil schrittweise auf 7 Prozent des BIP angehoben wird.

c): Diesbezüglich kommt es immer auf den jeweiligen Kontext an – ein „Patentrezept“ kann es gerade aufgrund der Heterogenität der Bildungslandschaft und des schulischen Umfeldes nicht geben. Sicherlich entspricht es der Zielsetzung und dem Selbstbild einer modernen Schule, wenn sie sich öffnet und die Federführung bei der Einbindung und Vernetzung der jeweiligen gesellschaftlichen Akteure übernimmt. Andererseits liegt es häufig auch im Interesse von Vereinen und Verbänden, die Nähe zu Bildungseinrichtungen zu suchen, um über eine Kooperation dem eigenen Wirken Nachhaltigkeit zu verschaffen. Allerdings muss darauf hingewiesen werden, dass ein solches Engagement, gerade wenn die nachhaltige Pflege derartiger Kooperationsbeziehungen sichergestellt werden soll, erhebliche personelle und finanzielle Ressourcen bindet. In diesem Zusammenhang ist es von entscheidendem Vorteil, wenn Schulen ein Budget zur Finanzierung entsprechender Vorhaben zur Verfügung gestellt bekommen.

d): Wir brauchen ein Bildungssystem, das sich an den Lebensphasen eines Menschen ausrichtet und dafür spezifische Angebote entwickelt. Wir müssen die Chancen der frühkindlichen Förderung konsequent nutzen, mit neuen Lernformen in der Schulzeit ernst machen und Potenziale der Älteren besser als bisher durch altersgerechte Weiterbildung erhalten. Neue Kooperationsformen zwischen Hochschulen, Erwachsenen- und Weiterbildungseinrichtungen sowie der Wirtschaft sollen die Durchlässigkeit in unserem Bildungssystem verbessern. Dazu gehört auch, die Studien- und Weiterbildungsmöglichkeiten von Berufstätigen an den Hochschulen zu verbessern. Die FDP will – ergänzend zu den bestehenden Möglichkeiten der Bildungsfinanzierung ((Meister-)BAföG, Darlehen, Stipendien) – den Aufbau von privatem Bildungskapital stärken. Analog zur Bausparförderung sollen Bildungssparkonten gefördert werden, die für Aus- und Weiterbildung, Hochschulbildung oder sonstige Formen der Erwachsenenbildung verwendet werden dürfen.

Rheinland-Pfalz – Land der nachhaltigen Innovationen?

11:

Die FDP bekennt sich zur Nachhaltigkeit. Nachhaltig ist, was dazu beiträgt, die technisch und wirtschaftlich nutzbare Ressourcenbasis zu erweitern – durch technischen Fortschritt und durch effiziente Instrumente zur Nutzung dieser Ressourcenbasis. Umweltpolitische Ziele sollen mit minimalem Aufwand realisiert werden, so dass mit gegebenen Mitteln ein möglichst großer Umweltnutzen erreicht wird. Liberale Umweltpolitik will einen sparsamen und verantwortlichen Umgang mit knappen Ressourcen ohne Dirigismus und ohne Anmaßung von Wissen durch den Staat. Sie setzt auf Eigenverantwortung der Bürger sowie auf Kostensenkung durch Effizienzverbesserung und Innovation. Der Verzicht auf Wissen ist nicht nachhaltig.

Die FDP sagt nein zu lebensabgewandter Verzichts- und Verbotsideologie. Die FDP steht für Generationengerechtigkeit. Auch künftige Generationen haben ein Recht auf faire Lebenschancen in ökologischer, wirtschaftlicher, finanzieller und sozialer Hinsicht. Politik muss wieder langfristig angelegt sein. Sie darf sich daher nicht an der Dauer von Wahlperioden orientieren, sondern braucht Perspektiven von Jahrzehnten. Eine nachhaltige Entwicklung setzt den verantwortungsvollen Umgang mit unseren Ressourcen voraus. Nachhaltigkeit darf jedoch keine neue Verpackung für alte sozialromantische Ideen oder Ökodirigismus sein.

Beim Thema Nachhaltigkeit - legen wir den Schwerpunkt auf Generationengerechtigkeit. Die bisherige Bundesregierung hat viele Fragen der nachhaltigen Entwicklung nur unzureichend aufgegriffen: etwa die finanzielle Nachhaltigkeit, die Infrastrukturanpassung an eine schrumpfende und alternde Gesellschaft sowie die Sicherstellung des sozialen und kulturellen Zusammenhalts bei einer stärkeren gesellschaftlichen Pluralisierung. Die FDP unterstützt eine ressortübergreifende und indikatorenbasierte Nationale Nachhaltigkeitsstrategie, damit Generationengerechtigkeit nicht nur in Sonntagsreden gefordert, sondern auch nachprüfbar in reale Politik umgesetzt wird. Der Deutsche Bundestag muss aktiv in die Weiterentwicklung der Strategie eingebunden werden. Dazu muss die institutionelle parlamentarische Verankerung der Arbeit zur nachhaltigen Entwicklung fortgesetzt werden. Die Handlungsmöglichkeiten und die internationale Vernetzung eines entsprechenden Gremiums sind zu verbessern. Die FDP fordert zudem regelmäßige offizielle Generationenbilanzen für Deutschland. Damit soll ein besseres Bewusstsein für die berechtigten Anliegen der kommenden Generationen geschaffen und der Politik ein Maßstab für die Wirkung politischer Maßnahmen gegeben werden. In der Generationenbilanz werden aufgeschlüsselt nach Jahrgängen auf der Habenseite Leistungen für die nachrückenden Generationen – wie Ausgaben für Bildung, Infrastruktur und soziale Sicherheit – erfasst, auf der Sollseite Belastungen wie Staatsverschuldung, Pensionslasten und Verpflichtungen aus Generationenverträgen ausgewiesen. In der Gesetzgebung ist jedes Gesetz, das zu heutigen oder künftigen Ausgaben des Staates oder der Sozialversicherungen führt, einer Generationenverträglichkeitsprüfung zu unterziehen. Diese soll sich möglichst an den Kriterien und Strukturen der Generationenbilanzierung orientieren.

Ökologie und Gesundheit – auf Prävention bedacht?

12:

Die Einführung des Elterngeldes hat gerade bei hochqualifizierten Frauen zu einer höheren Geburtenrate geführt – ein erster Erfolg der aktuellen Familienpolitik. Trotzdem ist die Rate der Mütter, die nach der Geburt des ersten bzw. zweiten Kindes nicht wieder in den Beruf einsteigen, im europäischen Vergleich extrem niedrig: Während Frauen 2005 insgesamt zu 61 Prozent erwerbstätig waren, reduzierte sich dieser Wert auf 58 Prozent, sobald das erste Kind da war. Frauen, die zwei Kinder haben, sind nur noch zu 51,8 Prozent erwerbstätig. Private Unternehmen wie auch der öffentliche Sektor werden zukünftig auf gut ausgebildete Frauen nicht verzichten können. Die Vereinbarkeit von Familie und beruflichem Engagement muss für Männer wie für Frauen erleichtert werden.

a) Eltern sollen die Wahl haben, Familienleben und Erwerbstätigkeit in Einklang zu bringen. Die FDP-Bundestagsfraktion setzt sich daher für die Schaffung

ausreichender, zeitlich flexibler und qualitativ hochwertiger Kinderbetreuungsangebote ein und hat hierzu mit dem „Sofort-Programm für mehr Kinderbetreuung“ auch einen eigenen Vorschlag vorgelegt (BT-Drs. 16 / 5114). Eltern brauchen auch eine Ferien- oder Wochenendbetreuung, wenn sie z. B. am Wochenende arbeiten müssen; auch eine tageweise Betreuung z. B. bei Job-Sharing sollte möglich sein. Ein zügigerer Ausbau der Kinderbetreuung wird aber nur dann erreicht werden, wenn privat-gewerbliche Einrichtungen und Betriebe, private Initiativen, Elternvereine sowie Tagesmütter und -väter verstärkt Kindertagesbetreuung anbieten, vor allem auch im Krippenbereich. Die FDP will privaten und privat-gewerblichen Trägern einen gleichberechtigten Zugang zu öffentlicher Förderung gewährleisten. Für uns steht das Kind im Mittelpunkt. Für Kinder sollen Bildungs- und Betreuungsgutscheine als familienpolitische Leistung des Bundes ab dem vollendeten ersten Lebensjahr eingeführt werden statt die einzelne Einrichtung zu subventionieren (Objektförderung). Mit den Gutscheinen können Eltern Bildungsangebote für ihre Kinder nutzen, wie zum Beispiel Krippen, Musikschulen und Sportvereine. Die FDP setzt sich ferner für einen Rechtsanspruch auf einen ganztägigen Kinderbetreuungsplatz ab Vollendung des ersten Lebensjahres eines Kindes ab 2013 ein. Das pädagogische Personal im Bereich der Kinderbetreuung muss ferner so aus- und weitergebildet werden, um den gewachsenen Ansprüchen an die vorschulische Bildung und Betreuung gerecht wird. Die Einführung eines Betreuungsgeldes, wenn Eltern für Kinder unter drei Jahren keinen Krippenplatz in Anspruch nehmen, lehnt die FDP ab. Darüber hinaus sind flexible Arbeitszeitmodelle wie Telearbeit, Teilzeitmodelle oder Sabbaticals für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern und zu bewerben. Die FDP setzt sich ferner wegen des unattraktiven niedrigen Nettogehaltes für eine Abschaffung der Steuerklasse V ein.

b) Die FDP spricht sich für ein breites und vielfältiges Bildungsangebot aus. Dazu gehört auch eine flächendeckende Versorgung mit Ganztagschulen. Im Rahmen des Ganztagschulangebots soll der Unterricht durch hochwertige Kurse und Bildungsmodule ergänzt werden, die in Kooperation mit außerschulischen Partnern durchgeführt werden sollten. Gerade ein profiliertes Zusatzangebot von Sport, Musik, bis zu sozialen Tätigkeiten ist identitätsstiftend, trägt zur Profilbildung der Schule bei und erhöht dadurch die Attraktivität der Schule. Zudem wird der Unterricht durch die Einbettung solcher Module aufgelockert, was sich wiederum positiv auf die Aufmerksamkeit und den Zuspruch seitens der Schülerschaft auswirkt. Schließlich können gerade auch Vereine und Träger ehrenamtlichen Engagements von derartigen Kooperationen profitieren, da sie auf diese Weise junge Menschen erreichen, die ansonsten für derartige Aktivitäten kaum gewonnen werden könnten. Voraussetzung für erfolgreiche Kooperationen ist jedoch, dass Schulen ein Budget zur Verfügung gestellt bekommen, das sie zur Finanzierung derartiger Vorhaben einsetzen können. Dafür wollen wir uns einsetzen.

c) Auf Länderebene kommen verschiedene Möglichkeiten in Betracht wie etwa Anreizsysteme oder die Werbung für eine Zertifizierung von Unternehmen. Hierbei kommt den Ministerien und der Landesregierung eine Vorbildfunktion zu. So sollte die Verwaltung Väter bewusst auffordern, Elternzeit zu nehmen und dies ggf. positiv in der Personalakte vermerken, um der Stigmatisierung junger Väter entgegenzutreten.

Eine bereits im Jahr 2003 im Auftrag der Bundesregierung erstellte Studie der Prognos AG belegt den betriebswirtschaftlichen Nutzen familienfreundlicher Maßnahmen in kleinen und mittleren Unternehmen mit einer Rendite von bis zu 25

Prozent. Die Studie, die die Wirkungen familienfreundlicher Maßnahmen wie Beratungsangebote für Eltern, Kontakthalte- und Wiedereinstiegsprogramme nach der Elternzeit, Arbeitszeitflexibilisierung und Telearbeit und betrieblich unterstützte Kinderbetreuung untersuchte, gelangte zu dem Ergebnis, dass in der Kosten-Nutzen-Relation der betriebswirtschaftliche Nutzen – auch kurzfristig betrachtet – die Investitionen übersteigt. Die Einsparpotenziale bei den Unternehmen durch die niedrigen Überbrückungs-, Fluktuations- und Wiedereingliederungskosten bewegten sich für mittelgroße Betriebe in einer Größenordnung von mehreren 100.000 Euro. In einer jüngeren Umfrage gaben im übrigen 66 Prozent Großbetriebe an, dass familienfreundliche Maßnahmen zukünftig an Bedeutung bei der Suche nach qualifiziertem Personal an Bedeutung gewinnen werden, denn trotz der Krise hätten fast 29 Prozent der Unternehmen Schwierigkeiten, geeignetes Personal zu finden. Hierüber sollten Unternehmen informiert werden.

13:

Ein höherer Anteil der landwirtschaftlichen Flächen für den ökologischen Landbau lässt sich nicht über die Vorgabe von Quoten erzwingen. Die FDP hat mit der Durchsetzung und Umsetzung der Kulturlandschaftsprämie erreicht, dass auch der ökologische Landbau von einer Basisförderung von rund 300 € je Hektar im Jahr profitiert. Diese Förderung muss erhalten bleiben. Zudem ist ein ganzes Maßnahmenbündel zur Förderung des ökologischen Landbaus sinnvoll. Das reicht von einer stärkeren Forschung, einer Verbesserung der Investitionsbedingungen, effizienteren Vermarktungsstrukturen bis zur Erschließung neuer Märkte.

14:

Die deutschen Landwirte sind in den Bereichen Umwelt- und Tierschutz weltweit führend. In Deutschland gelten sehr strenge Anforderungen an den Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln. Zudem haben die Landwirte aus ökonomischen und ökologischen Gründen ein Interesse daran, Betriebsmittel möglichst effizient einzusetzen und nicht zu verschwenden. Eine effiziente Landwirtschaft ist der beste Garant dafür, dass die Umwelt möglichst optimal geschützt und die gesamtgesellschaftlichen Anforderungen an die Landwirtschaft wie z. B. Welternährung, Energiesicherung und Bereitstellung sowie Erhalt der Kulturlandschaft gleichermaßen erfüllt werden.

15:

Im Interesse kommender Generationen braucht Politik eine Perspektive von Jahrzehnten, nicht von Wahlperioden. Die FDP befürwortet deshalb ressortübergreifende und indikatorenbasierte Nachhaltigkeitsstrategien auf nationaler sowie europäischer Ebene. Die Nachhaltigkeitsstrategie muss institutionell abgesichert werden. Der Parlamentarische Beirat für Nachhaltige Entwicklung soll ebenso wie der Rat für Nachhaltige Entwicklung und der Staatssekretärsausschuss der Bundesregierung in der nächsten Wahlperiode weitergeführt werden. Mit Blick auf die Luftreinhaltung hat die FDP eine Verschärfung des Entwurfs der EU-Richtlinie zu Industrieemissionen fordert. Wir wollen ein einheitliches Umweltschutzniveau gerade bei der Luftreinhaltung in den Mitgliedstaaten. Deshalb hat die FDP den Vorschlag des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments

